



Nr. 116 / 06.03.2020

# Alexander **HOFFMANN** informiert

---

DER NEWSLETTER DES WAHLKREISABGEORDNETEN FÜR MAIN-SPESSART UND MILTENBERG

---

## ***Eine Situation wie 2015/16 darf und wird sich nicht wiederholen!***

Liebe Leserinnen, liebe Leser, eine Situation wie im Jahr 2015 darf und wird sich nicht wiederholen. Diese Erkenntnis leitet uns und die gesamte Europäische Union – gerade in diesen Tagen. Die Türkei hatte am Wochenende die Grenzen zur EU für Migranten für offen erklärt. Daraufhin hatten sich tausende Menschen auf den Weg zur griechischen Grenze gemacht – und wurden zum Teil auch von türkischen Behörden mit Bussen zur Grenze gebracht. Es ist davon auszugehen, dass der türkische Präsident Erdogan damit die EU unter Druck setzen will. Doch Griechenland wendet illegale Grenzübertritte in hoher Zahl ab. Diejenigen, die dennoch versucht haben, illegal einzureisen, wurden konsequent festgesetzt.

Ich begrüße diese entschlossene Haltung der griechischen Regierung. Die klare Botschaft lautet: Die Grenzen nach Europa sind nicht offen. Diese klare Botschaft ist wichtig, damit sich die Menschen gar nicht erst auf den beschwerlichen und oft gefährlichen Weg machen. Wir wollen keine unkalkulierbare Sogwirkung erzeugen. Das, was wir in der Türkei erleben, ist der Pull-Effekt in Reinform! Da verlassen Menschen ihre sichere Unterkunft in der Hoffnung, über die Grenze zu kommen. Wie kann man da bestreiten, dass eine offene Grenze Anreize schafft? Es ist hochgradig verantwortungslos, bei den Flüchtlingen falsche Hoffnungen zu wecken!

Klare Haltung zur Situation an der griechisch-türkischen Grenze:

- **Keine falschen Anreize setzen**
- **EU-Außengrenze sichern**
- **Humanitäre Hilfe vor Ort**

CDU  CSU

Wir werden keine unkontrollierte Einreise mehr akzeptieren – weder in die EU, noch nach Deutschland. Wir werden daher weiterhin dafür sorgen, die europäischen Außengrenzen zu sichern und auch die humanitäre Not zu lindern – und zwar direkt vor Ort in der Türkei sowie in Syrien. Wir sollten auch die Leistung der Türkei anerkennen: das Land hat mehr als 3,6 Millionen Flüchtlinge aufgenommen. Die Kooperation zwischen der EU und der Türkei bei Flüchtlingshilfe einerseits und Grenzschutz andererseits ist und bleibt im beiderseitigen Interesse.

Immer wieder wird behauptet, dass es ein Fehler gewesen sei, überhaupt eine Vereinbarung mit Erdogan zu schließen und sich angeblich erpressbar zu machen. Diese Betrachtungsweise ist völlig

falsch. Schon immer gab es zum Schutz der EU-Außengrenzen Vereinbarungen mit Anrainerstaaten wie z.B. Libyen und Marokko. Anders ist der Druck von einer so großen Grenze nicht zu nehmen!

Das Vorgehen, Flüchtlinge bei illegalem Grenzübertritt umgehend zurückweisen, verstößt auch nicht gegen die EU-Menschenrechtskonvention. Kein Land ist verpflichtet, die Grenzen generell zu öffnen, bestätigen Völkerrechtler. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat erst im Februar in einem Grundsatzurteil festgestellt: Wer bewusst nicht über einen legalen Weg einreist und stattdessen die Größe einer Gruppe beim Ansturm auf eine Grenze/einen Grenzzaun ausnutzt, der bringt sich selbst in eine rechtswidrige Situation.

## ***Verrohung der Sprache: Hass und Hetze sind keine politische Haltung!***

In der ersten Sitzungswoche nach dem furchtbaren Anschlag von Hanau waren die rechtsterroristischen Morde nun Thema einer Parlaments-Debatte. Unser Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble hat Recht, wenn er sagt, dass solche Wahnsinnstaten nicht im luftleeren Raum geschehen. „Sie wachsen in einem vergifteten gesellschaftlichen Klima, in dem das Ressentiment gegenüber dem Fremden und abwegigste Verschwörungstheorien geschürt werden – bis Minderheiten als Bedrohung empfunden und in sozialen Medien Hetzjagden oder sogar Morde von perversen Beifallsbekundungen begleitet werden. Es braucht deshalb wirksame Maßnahmen gegen diese unerträgliche Verrohung, nicht zuletzt im Netz.“ In der Tat: Gewalt beginnt mit der Verrohung von Sprache – ganz besonders in der digitalen Welt. Doch Hass und Hetze sind keine politische Haltung. Unsere Bundeskanzlerin hat Recht: „Rassismus ist ein Gift, Hass ist ein Gift.“

Hanau war mehr als die Tat eines Einzelnen, eines Verwirrten. Hier wurde durch Worte der Boden bereitet für schreckliche Taten – und das befeuert durch die AfD, ihre unzähligen Hasskommentare sowie durch die oft unsäglichen Reden in den Parlamenten. Die große Gefahr durch Rechtsextremismus darf aber nicht dazu führen, dass Linksextremismus toleriert wird. Da werden etwa wie vor wenigen Tagen auf einer Strategiekonferenz der Linkspartei Erschießungs-Fantasien für das reichste Prozent der Gesellschaft vorgetragen, ohne dass jemand ernsthaft widerspricht – und auch der öffentliche Aufschrei war verhältnismäßig gering.

Herzlichst

Ihr Alexander Hoffmann, MdB



Extreme politische Meinungen schaden der Demokratie – diesen radikalen Tendenzen, von rechts und von links, gilt es entschieden entgegenzutreten! Das haben wir zum Beispiel vor kurzem in Hafnlohr gemacht: Da haben wir parteiübergreifend auf einer großen Veranstaltung (siehe Foto oben) gegen eine AfD-Versammlung eindrucksvoll gezeigt, dass Main-Spessart und Hafnlohr bunt sind.

Man ist aber kein Rassist, wenn man für einen starken Rechtsstaat ist, der die Gesetze – ja, auch die Asylgesetze – konsequent umsetzt. Gerade dann wird man ja schnell von manchen in die rechte Ecke geschoben. Wolfgang Schäuble hat betont: „Wir dürfen die Fähigkeit, zu differenzieren nicht aufgeben, wenn wir uns dem gesellschaftlichen Resonanzraum zuwenden, in dem sich Fremdheitsgefühle erst radikalisieren.“

Fotos: Laurence Chaperon,  
Michael Dominik

Grafik: CDU/CSU-Bundestagsfraktion